

K.d.ö.R. – Ein Gütesiegel?

Man fragt sich immer wieder:

- Gibt es Demokratie im neuapostolischen System?
- Gibt es Transparenz im neuapostolischen System?

Immer wieder werden die sektenartigen Strukturen im neuapostolischen System diskutiert. Von neuapostolischer Seite wird dabei sehr selbstbewusst und überzeugt das Argument vorgebracht: „**Wir sind eine Körperschaft des öffentlichen Rechts**“, eine K.d.ö.R. Das tönt in den Ohren argloser Menschen nach einem höchst offiziellen <<Gütesiegel>>. Es wirkt, als hätten staatliche Stellen die Unbedenklichkeit des neuapostolischen Systems und der neuapostolischen Lehre überprüft und attestiert. Aber ist das wirklich so?

Hier muss eine wichtige Frage gestellt werden: Wird das neuapostolische System dem Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (K.d.ö.R.) in Deutschland überhaupt gerecht? Oder ist K.d.ö.R. nur eine hübsche und anderes kaschierende Fassade?

Das <<Siegel>> K.d.ö.R. erhielt das neuapostolische System um die Jahre 1920 bis in die 1950er Jahre. Das war in der Zeit, als die deutsche Bevölkerung Demokratie noch gar nicht kannte oder Demokratie erst in einem Denkprozess unter Mühen erlernte. Es stellt sich hier die Frage: Würde das neuapostolische System in seiner ausgeprägten Eigenart auch heutigentags als K.d.ö.R. die sehr begehrte staatliche Anerkennung erlangen?

Das neuapostolische System als K.d.ö.R. ist zunächst ein staatlicher Verwaltungsträger nach deutschem Verwaltungsrecht. Eine K.d.ö.R. leitet ihre Existenz und Aufgaben vom Staat ab und unterliegt der Staatlichen Aufsicht. Dasselbe gilt auch für Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts.

Die Körperschaft des öffentlichen Rechts ist in vier Arten unterteilt:

- **Gebietskörperschaft:** Ein Landkreis etwa ist eine Gebietskörperschaft. Jeder Bürger eines Landkreises ist Mitglied dieser Gebietskörperschaft durch seine Wohnsitznahme und hat das Wahlrecht auf Kreisebene.
- **Realkörperschaft:** Durch Eigentum an einem Grundstück, einem Liegenschaftsverband oder Gebäudekomplex oder durch den Sitz eines Unternehmens (Industrie- und Handwerkskammer) ist der Bürger Mitglied und hat das Stimmrecht.
- **Verbandskörperschaft:** In dieser Körperschaft sind juristische Personen zu einem öffentlichen Zweck zusammengeschlossen (Wasserversorgungsverband, Müllentsorgungsverband etc.)
- **Personenkörperschaft:** Mitglied wird der Bürger durch seinen Beruf (Berufsverband der Bäcker, der Metzger etc), er hat Stimmrecht, oder durch willentliche Zugehörigkeit des Bürgers zu einer Glaubensgemeinschaft.

Laut <<Schwanengel: Allgemeines Verwaltungsrecht, Seite 11>> sind die Mitglieder <<das tragende und bestimmende Element>> einer Körperschaft. Und weiter heißt es im Allgemeinen Verwaltungsrecht:

<<Körperschaften des öffentlichen Rechts sind mitgliedschaftlich organisierte Verwaltungsträger, die unabhängig vom Wechsel ihrer Mitglieder bestehen und mit Hoheitsgewalt ausgestattet, **ihre Angelegenheiten selbst verwaltend** und **unter Mitwirkung ihrer Mitglieder** wahrnehmen.>>

Dr. Schwanengel, Verwaltungsrechtler an der Universität Erfurt, meint: <<Es genügt nicht, dass Körperschaften überhaupt Mitglieder haben>>, diese müssen vielmehr <<maßgeblichen Einfluss auf die Gestaltung der Körperschaftsangelegenheiten ausüben>>. In der Regel geschieht solches durch die Wahl von Repräsentativorganen. Der Vorstand mit Geschäftsführer ist allein für die anfallenden Verwaltungsangelegenheiten zuständig. Alle wesentlichen Entscheidungen sind alleinige Sache der Mitglieder oder der Versammlung der Vertreter der Mitglieder und diesen vorbehalten.

Den Gebietskirchen des neapostolischen Systems in Deutschland fehlen diese wesentlichen und grundsätzlichen Merkmale einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Das einzige demokratische Element, das die Verfassung des neapostolischen Systems kennt, ist das Recht <<jeder natürlichen Person, die im räumlichen Wirkungsbereich der Kirche ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat und sich zur neapostolischen Glaubenslehre bekennt>>, einen Mitgliedsantrag zu stellen und wieder auszutreten (Verfassung der NAK-Süddeutschland). **Aber recht undemokratisch ist, dass ein Mitglied auf alle Organe der neapostolischen Gebietskirchen keinerlei Einfluss hat**, also quasi entmündigt ist als wahlberechtigter Staatsbürger.

Folglich sind

Beschlüsse im neapostolischen System nicht demokratisch legitimiert!

Die NAK-Süddeutschland hat laut deren Verfassung vier Organe:

Den Präsidenten/Stammapostel der Neupostolischen Kirche International (NAKI) ; Sitz: Zürich/Schweiz; der <<wird durch seinen jeweiligen Vorgänger ernannt>>. Fehlt eine Ernennung, dann wird der Stammapostel durch eines der Organe der NAKI, den <<Apostelrat>> oder die <<Apostelversammlung>> gewählt, so festgelegt in Artikel 7 der Statuten der Neupostolischen Kirche International; Fassung 1990. Mitglied in der NAKI wird laut Artikel 4 der Statuten der Neupostolischen Kirche International nur derjenige, der die <<Ordination zum Bezirksapostel oder Apostel>> erlangt hat. Ein Bezirksapostel ist ausserdem Leiter einer Gebietskirche.

Der Bezirksapostel ist ein weiteres Organ der NAK-Süddeutschland und wird laut Satzung vom Stammapostel aus dem Kreis der Apostel, also der NAKI-Mitglieder ordiniert. <<Man(n)>> ist also ganz unter sich im verschworenen Kreis, die Opfergeld spendenden Mitglieder des neapostolischen Systems bleiben aussen vor. – Ursprünglich wurden laut Satzung Artikel 4,2 zwar die Apostel vom Bezirksapostel dem Stammapostel zur Ordination vorgeschlagen, und wenn der Stammapostel mit dem Vorschlag einverstanden war, musste der betreffende Amtsträger <<in einer in einem Gottesdienst durchzuführenden Einsetzung>> geloben, <<dem Stammapostel im Gehorsam des Glaubens zu folgen>>. Doch damit ist es vorbei. Das neapostolische System wurde gestrafft die Zentralmacht im Stammapostel weiter ausgebaut. Es bedeutet: Wer in diesen vorteilhaften Kreis gelangen will, der wird zum Kopfnicker, um nicht unliebsam aufzufallen und seine Chancen zu verspielen. – Man fragt unwillkürlich: Ist der Stammapostel eine Art <<Glaubensdiktator>>? Welch ein krasser Gegensatz zu Christus und den Aposteln der Bibel.

Der Landesverwaltungsrat ist ein weiteres Organ der NAK-Süddeutschland. Er besteht aus dem Präsidenten/Bezirksapostel (Vorsitzender), aus den Aposteln und Bischöfen der Gebietskirche. Die Verfassung sagt aber nichts aus darüber, wie diese Ämter legitimiert werden. Sind diese Schwarzröcke also illegitim um den Bezirksapostel geschart? Dem Insider ist aber bekannt: Der Stammapostel beruft die Apostel, der Bezirksapostel beruft die Bischöfe. Die Herrschaften sind also ganz unter sich; denn sie werden **nicht durch die Mitglieder, die Opfergeld spendenden Leute in der Kirchenbank, gewählt** – das wäre der Normalfall bei einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Man muss also berechtigt fragen: Darf das neuapostolische System sich überhaupt <<Körperschaft des öffentlichen Rechts>> nennen?

Die neuapostolischen Schwarzröcke legitimieren sich gegenseitig und untereinander, also fast wie eine verschworene Geheimgesellschaft. Zeigen sich darin Segenslinien? Das ist insofern von höchster Brisanz, weil in diesem Organ, diesem Männerkreis der Segensgefäße, ganz wesentliche Beschlüsse gefasst werden. So wird in ihrem geschlossenen Kreis der Jahresabschluss festgestellt, es erfolgt die Unterstützung des Bezirksapostels in der Vermögensverwaltung, es werden Durchführungsbestimmungen für die Gebietskirche und deren Mitglieder gefasst.

Die Landesversammlung ist das weitere Organ der NAK-Süddeutschland. Sie hat u.a. auch zu bestimmen über Satzungsänderungen der Gebietskirche. Aber auch in diesem Organ sind die Schwarzröcke unter sich und die Mitglieder in der Kirchenbank wiederum aussen vor; denn dieses Organ setzt sich ebenfalls **nur aus berufenen Mitgliedern** zusammen, aus den Bezirksvorstehern/Bezirksältesten, den Mitgliedern des Landesverwaltungsrates und dem Stammapostel. Hier wiederum nennt die Verfassung nicht, wie die Mitglieder der Landesversammlung legitimiert werden. Das ist ein bezeichnendes Merkmal des neuapostolischen Systems, das so überaus sauber sein soll.

Die neuapostolische <<Gottesfamilie>> wird autokratisch regiert; denn das Verwaltungssystem des neuapostolischen Systems in Deutschland ist nirgendwo durch die Mitglieder der Körperschaft, also durch die Vielzahl der Opfergeld gebenden Mitglieder in der Kirchenbank legitimiert. Das ist im Widerspruch zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Auch ist die Berufung von Frauen in Organe des neuapostolischen Systems prinzipiell ausgeschlossen. Das ist eine frauenfeindliche und diskriminierende Seite des neuapostolischen Systems. Dieses Frauenablehnende und von den Mitgliedern akzeptierte im neuapostolischen System liegt einerseits daran, dass die Mitglieder zur schweigenden Unterordnung durch die Lehre des Systems erzogen wurden, es hat auch systemimmanente Gründe. Diese liegen im Sonderverständnis der biblischen Lehre, dieses liegt im problematischen Verhältnis zum Wesen der Demokratie, dieses liegt in der überhöhten Ehrerbietung, welche die Mitglieder des neuapostolischen Systems dem Stammapostel und den Amtsträgern durch die Erziehung unter dem Einfluss der Lehre entgegenbringen, außerdem verhindert das die enge Verflechtung von Seelsorge und Verwaltung und Geldwesen.

Wem nützt das autoritäre, zentralistische neuapostolische System? Es dient nur dem <<Führerkreis>>, welche Geld und Anlagekapital und die Liegenschaften in der Hand hält und sich rundum juristisch abgesichert hat. Um dieses System zu untermauern, schrieb bereits die NEUAPOSTOLISCHE RUNDSCHAU als offizielles Organ im Jahr 1911 einen Artikel, ein Programm: Der Verfasser war der Apostel Heinrich Bornemann, also autorisiert vom <<Führerkreis>>. Bornemann war zudem eng verbunden und vertraut mit Stammapostel Herrmann Niehaus. Sein Artikel: <<Die Gottesfamilie – Autokratie oder Demokratie?>> Darin behauptet Bornemann, dass <<die Neuapostolische Kirche nicht demokratisch, sondern autokra-

tisch>> zu sein hat. Wen wundert solches? Die Autokraten wollen sich eben nicht in die Karten blicken lassen.

Bornemann wählte der autoritären Kaiserzeit entsprechend zur Erklärung der Autokratie für das Volk in der Bank und zur Unterstützung des Anspruchs der Führergruppe des neupostolischen Systems das damalige in der Bevölkerung gewohnte Familienbild: Der Vater ist das Familienoberhaupt, in dessen Haushalt der demokratische Grundsatz, dass jeder gleiche Rechte hat, absolut undurchführbar ist. Für diese gewagte Behauptung gibt der Apostel Bornemann keine Begründung. Stattdessen zeichnet Bornemann ein entsetzliches Negativbild: <<Ist die Familie demokratisch, dann fordert jedes Glied sein vermeintliches eigenes Recht. Kinder, Dienstboten und Angestellte (welche neupostolische Familie, die meisten Neupostolische waren sog. Kleine Leute, hatte eigentlich Dienstboten und Angestellte im Haushalt?), alle verfechten dann ihre persönlichen Ansichten und Meinungen, ihre vermeintlichen Rechte; der eine soll nicht mehr sein wie der andere, wo doch die Pflichten, Fähigkeiten und Leistungen so grundlegend verschieden sind>>. Bornemann dann weiter: <<...**wo der Familienvater seine Autorität, Macht und Ansehen verloren hat** (...) ist die Familie demokratisch, aber unglücklich>>. Bornemann und der Apostelkreis fürchten also ganz offensichtlich, dass ihre Autorität, ihre finanzielle Macht und ihr Ansehen erschüttert werden könnte; und er berichtet weiter, dass ein sorgender Familienvater darum nur sagen kann: <<Nein, das und das geht nicht, **ich bin der Vater, auch Herr und Gebieter**, dass ich verantwortlich bin, **somit muss mein Wort auch das maßgebende sein**>>. Nach Bornemann müssen sich auch die Dienstboten, selbst wenn sie <<im Herzen demokratisch gesinnt sind (...) dennoch in die Autorität fügen>>. Diese geforderte Unterordnung und Ehrerbietung gilt noch heute im neupostolischen System und wird notfalls mit Ausschlüssen durchgesetzt.

Das neupostolische Apostel-System war im Kaiserreich politisch aktiv. Das Wort des Kaisers galt im Volk, war richtungsweisende Linie. Demokratisches Denken wurde als feindlich gesehen, als machterstörend. Für die Apostel und ihr System stand fest, dass <<nicht die Demokratie, sondern die Autokratie ist Familiengesetz>>. Nach dieser Sicht des bzw. der Apostel ist auch der Staat <<nach dem Willen Gottes eine große Familie>>; der <<Fürst, König oder Kaiser ist der Landesvater>>. Im politischen Oberhaupt in Deutschland ist <<der Allmächtige als Vater, Schöpfer und Regierer>> zu sehen und äußert sich durch diesen. Das mütterliche Prinzip <<in der Staatsfamilie>> wird offenbar <<in der Regierung, Verwaltung, Beamtenkörper und in der Fürsorge für die Familie, das Volk>>. Und Bornemann weiter: <<Findet sich in einer Staatsfamilie keine fürsorgende Mutter, dann ist die Familie wohl unglücklich. Aber in der Demokratie und Revolution ist sie noch unglücklicher, also das Gesetz des Schöpfers, das Gesetz der Autokratie macht glücklich, wenn alles in geordneten Verhältnissen, in Gerechtigkeit und Liebe gehandhabt wird>>. Apostel Bornemann kommt zum Schluss, dass das neupostolische System <<nun in erster Linie die Gottesfamilie sein>> soll. Er ist überzeugt und redet seine Überzeugung den Gläubigen und Vertrauenden in der Kirchenbank ein, dass <<in der Neupostolischen Gemeinde (...) dieses göttliche Familienbewusstsein wieder ins Leben gerufen>> wäre. – Autokratie oder Zentralismus nützt im neupostolischen System nur dem oberen Kreis der <<Gottesmänner>> oder <<Segensgefäße>>, wie sich diese gern benennen lassen. Sie sind in der Autokratie unter sich, bilden durch zum Teil verwandtschaftliche Beziehungen vernetzte <<Segenslinien>>, die das Opfergeld zahlenden Mitglieder von der Kirchenbank bleiben aber ohne Mitbestimmungsrecht und ohne die Möglichkeit einer echten Einblicknahme oder gar Kontrolle außen vor als – hart gesprochen - <<Manövriermasse>>; die 125 Abspaltungen und die vielen Ausschlüsse und die Manipulation durch die Bischoff'sche Botschaft belegen das.

Durch Bornemanns Darstellung der Gottesfamilie auf Erden wird erklärt, warum sich das neuapostolische System vor 1945 durch Aufrufe zur Staatstreue politisch betätigte, auch Wahlempfehlungen aussprach. Das nützte wiederum primär dem vernetzten oberen Kreis der <<Gottesmänner>>, weil diese hinter der Fassade der staatstreuen und kaisertreuen Kirche unbehelligt in ihrem Sinne agieren konnten. Darum veröffentlichte aus die NEUAPOSTOLISCHE RUNDSCHAU in der Ausgabe vom 7. Januar 1912 auf Seite 13 ff einen Artikel über **vier Seiten** mit der fetten Headline: <<Einige Gedanken zur deutschen Reichstagswahl>>. Die Reichstagswahl war am 12. Januar 1912. – Aber auch unter dem Regime von Adolf Hitler war das neuapostolische System politisch aktiv. Lesenswert dazu ist die Erklärung von Apostel Landgraf, der diese anbietende Erklärung im Namen aller neuapostolischen Apostel abgab; politisch aktiv war auch das neuapostolische System unter Stammapostel Richard Fehr, der beispielsweise dem diktatorischen DDR-System lobhudelte, das trotz Mauerbau, Stacheldrahtzaun mit Wachtürmen, Hundelaufanlagen und Selbstschussgeräten und vielen erschossenen <<Republikflüchtlingen>>.

Apostel Ernst Wächter, der Redakteur des Artikels in der NEUAPOSTOLISCHEN RUNDSCHAU vom 7. Januar 1912 begründet seinen Artikel: <<Zunächst halten wir den Grundsatz hoch, Politik ist Welt und Welt gehört vor allen Dingen nicht in die Kirche oder Gemeinde. Aber wo die Politik auch uns Apostolische berührt, sind wir dennoch gezwungen, um unserer Sache willen dazu Stellung zu nehmen>>. Apostel Ernst Wächter weist darauf hin, dass Stammapostel Niehaus bereits zur vorherigen Reichstagswahl ein Flugblatt herausgab und darin aufforderte: <<Mit Gott für Kaiser, König und Vaterland!>> Wächter führt dazu weiter aus, dass sich im neuapostolischen System an den Grundsätzen, dargestellt im Artikel <<Autokratie oder Demokratie?>> nichts geändert hätte. Diese Grundsätze sichern die unumschränkte Herrschaft und Machtfülle des Stammapostels und seiner Mannschaft der Apostel, das sei hier angemerkt.

Die Sozialdemokraten traten für Reformen ein, für Demokratie. Das war höchst gefährlich für die Autokraten und rüttelte an ihrer selbtherrlichen Stellung. Darum wettete Apostel Wächter über mehr als zwei Seiten der NEUAPOSTOLISCHEN RUNDSCHAU gegen die Sozialdemokratie und behauptet: <<Sie hat ohne Zweifel manches Gute in sich, das aber **haben die bürgerlichen Parteien auch**, ja vielmehr>>. Und dann gibt Wächter die politische Empfehlung: <<Wähle ein jeder, wie es ihm beliebt, doch bürgerlich, für die bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung>>. – Damals war Politik für die Leitung des neuapostolischen Systems wichtig und war es in der Hitlerzeit und nach 1945 ebenfalls. Apostel Wächter bringt nämlich zum Ausdruck, dass <<die Gedanken, die hier (im Artikel der NEUAPOSTOLISCHEN RUNDSCHAU) ausgesprochen werden, reiflich in der Hauptleitung von den Aposteln erwogen>> wurden. Also war bereits Stammapostel Niehaus ein sehr politischer <<Gottesmann>> und <<Segensgefäß>>. Auch betont Apostel Wächter, dass die Stellungnahme von Stammapostel Niehaus mit seinen Aposteln zur Reichstagswahl <<Gegenstand mühevoller und langwieriger Aussprache auf der letzten in Dresden stattgefundenen Apostelversammlung>> war.

Über die Zeit des Ersten Weltkriegs (1914 – 1918) umwarb die NEUAPOSTOLISCHE RUNDSCHAU den Kaiser in ganz besonderer Weise, verherrlichte das Kriegsgeschehen und erging sich in vielen Deuschtümeleien. Frage: Wo und wann verherrlichte Christus die Politiker seiner Zeit, wo taten solches die Apostel der Bibel. Der Unterschied zum neuapostolischen System ist markant und gibt sehr zu denken. Zu denken gibt aber auch diese Frage: War die Deuschtümelei des neuapostolischen Systems im Ersten Weltkrieg der Nährboden für die bereits frühzeitige nazifreundliche Haltung der Bischoff-Familie und die

in diesem Sinne erfolgte Steuerung des neuapostolischen Systems auf der Linie der NS-Propaganda mit <<planmäßiger Beeinflussung>> der neuapostolischen Mitglieder im Sinne der NS-Ideologie?

Als der Erste Weltkrieg für Deutschland verloren ging, bedauerte die NEUAPOSTOLISCHE RUNDSCHAU in der Nummer vom 1. Dezember 1918 den vom Stammapostel Niehaus und seinem Apostelkreis geschätzten Kaiser Wilhelm II mit den Worten: <<Ein überaus tragisches Geschick ist das Los dieses ungewöhnlichen Mannes, der persönlich frommgläubig, ein ehrlicher Friedenskaiser sein wollte und dessen Mühen, Streben und Wollen augenscheinlich meist das Gegenteil erreichte, weil ihn die Zeit nicht mehr vertrug. Wäre er der blutrünstige und dämonische Mann gewesen, als den ihn jetzt feindliche Blindheit kennzeichnen will, so würde auch uns das Gefühl der Genugtuung über das Walten der rächenden Nemesis durchziehen dürfen, so aber versagen wir ihm auch öffentlich nicht das tiefe Mitgefühl, das tieftragisches Erleben verdient>>. – Das sind Worte, um die vom Kriegsausgang betroffenen Mitglieder in der Kirchenbank zu beruhigen, denn die neuapostolischen Prophezeiungen um den glücklichen Kriegsausgang erfüllten sich nicht. Es war eben falsche Prophetie falscher Apostel!. Die Worte um den Kaiser gaben auch die verbreitete gedankliche Strömung wieder, um Neumitglieder werben zu können; denn der Weltkrieg riss Lücken durch die Toten auf den Kriegsschauplätzen.

Durch den Kriegsausgang brach sicherlich auch ein Weltbild für den autokratischen/autoritären und kaisertreuen Stammapostel Niehaus und für das Apostelkollegium zusammen. Neue Wege für den Fortgang des neuapostolischen Systems mussten nun gefunden werden, denn politisch legitimierte nun das Volk die Obrigkeit und nicht mehr Gott. Das Volk erwachte, das war ein gefährliches Vorbild für die autoritäre Apostelgruppe. Außerdem regte sich wie so oft Kritik an der autoritären Führungsebene des neuapostolischen Systems; denn Stammapostel Niehaus schleuderte Zornesblitze in einem offenen Brief an <<Apostel und Amtsbrüder>> in der NEUAPOSTOLISCHEN RUNDSCHAU vom 15. Dezember 1918 auf Seite 197: <<Ich habe gehört, dass abfällig gesprochen wird über unsere vaterländischen Kriegspredigten und Artikel in der Rundschau, worüber ich mich wundere>>. Es gab offensichtlich Amtsträger, welche das Vorbild Jesu, der sich in Politik nicht einmischte, ernst lebten.

Ganz offensichtlich lehnte der Stammapostel und das Apostelkollegium die auf das Kriegsende folgende Weimarer Republik ab – denn gerade dieser Artikel wurde aus dem Glaubensbekenntnis gestrichen, der das Verhältnis des neuapostolischen zum Staat und dessen Wertschätzung zum Ausdruck bringt. Darin zeigt sich ein Handeln, nicht aus dem Heiligen Geist, sondern aus rein menschlichem Kalkulieren und Machterhalt der Führer des neuapostolischen Systems. Bis zu dieser aus menschlicher Überlegung vorgenommenen Änderung des Glaubensbekenntnisses hieß das Bekenntnis: <<Ich glaube, dass die Obrigkeit Gottes Dienerin ist, uns zugute, und wer der Obrigkeit widerstrebt, der widerstrebt Gottes Ordnung, weil sie von Gott verordnet ist>>. Zu finden ist dieses für den historisch interessierten neuapostolischen in: Salus, ALTE UND NEUE WEGE, Ausgabe 1913, Seite 380. Im offiziellen <<Lehrbuch für den Religionsunterricht>> aus dem Jahr 1924 ist dieser Glaubensartikel gestrichen, ohne eine Erklärung dafür zu geben. – Ganz offensichtlich begann das neuapostolische System sich der neuen politischen Strömung allmählich anzupassen.

Hitlers Herrschaft mit dem <<Führer>> an der Spitze hat der Führung des neuapostolischen Systems unter der Bischoff-Familie wohl als <<göttliche Ordnung>> besser gefallen, passte das doch zum autoritären Führungsstil; denn Stammapostel Bischoff sorgte dafür, dass das gestrichene Glaubensbekenntnis aus Gründen der Anpassung an das Nazi-Regime wieder aufgenommen wurde. Das zeigt, dass die Füh-

rung des neuapostolischen Systems den neuen politischen Kurs gefunden hatte – Friedrich Bischoff, der Sohn des Stammapostels, war ja SA-Mann in einem SA-Sturm in Frankfurt am Main. Den gefundenen politischen Kurs spiegelt auch die damalige Zeitung UNSERE FAMILIE wider: Viele politische Artikel, Artikel mit deutlich rassistischem Tenor und Stellungnahmen, die nicht nur von der Nazi-Diktatur verordnet waren, sondern auch solche aus freien Stücken. Sie geben diesen entsetzlichen Geist wider, der im Stammapostel J.G. Bischoff, in seinem Sohn und im Apostelkollegium herrschte.

Das Kriegsende des Zweiten Weltkrieges 1945 war ein großer Zusammenbruch für das neuapostolische System: Die Demokratie kam in Deutschland.

Der Zusammenbruch Deutschlands, das feindliche und höchst bedrohliche Gegenüberstehen und Säbelrasseln der beiden politischen Blöcke und Weltanschauungen, die Spaltung Deutschlands, die bald folgende Drohung mit Atomwaffen und die auf das erwartete Kommen des HERRN ausgerichtete Lehre des neuapostolischen Systems erzwangen eine Neuausrichtung. <<Die letzte Zeit ist angebrochen>> war das neue Schlagwort, um die Mitglieder zu sammeln, um Neumitglieder zu gewinnen.

In den neuapostolischen Kreisen wurde damals die Parole geraunt und in die Köpfe und Seelen eingepägt: <<Wir leben in der Zeit Laodizea>>, wir leben in der bösen Zeit <<Volkes Herrschaft>>. Die noch junge deutsche Demokratie wurde von der Führung des neuapostolischen Systems fast als bedrohliches Schreckgespenst hingestellt; zumal im neuapostolischen System gemunkelt wurde, das <<Demokratie das Zeichen der nahen Wiederkunft Jesu>> sei. Und mit diesem Gerücht konnte noch eines erreicht werden: Es wurden einerseits Neumitglieder gewonnen nach dem verheerenden Kriegsende und dem Schock, der dadurch in der seelisch sehr verletzten Bevölkerung sass, es wurde andererseits aber auch abgelenkt von der Frage: <<Wo standen der Stammapostel Bischoff und sein Sohn, der SA-Mann Friedrich Bischoff, wo standen die Mehrzahl der Apostel während der Zeit der Hitler-Herrschaft?>> Die meisten dieser Männer waren nämlich als eingeschriebene NSDAP-Parteimitglieder Hitler und seinem Regime sehr ergeben, sie waren also Ja-Sager zu diesem dem Christentum feindlichen Unrechtssystem.

Um das glaubende Volk in der Kirchenbank weiterhin von Fragen oder gar der Aufarbeitung der NS-Verstrickungen des neuapostolischen Systems und seiner Führung abzulenken, wurde nach und nach die <<Botschaft>> von der Unsterblichkeit des Stammapostels J.G. Bischoff und der nahen Wiederkunft Christi mit der <<Heimholung seiner Brautgemeinde>> entwickelt und in das Denken der Neuapostolischen eingepägt und deren Glaubensblick in diese neue Richtung gelenkt.

Nun behauptet die neuapostolische Leitung, dass nach 1945 in die <<innere Emigration>> gegangen sei, dass man sich der politischen Betätigung enthalten habe. Das sei in der festen Überzeugung geschehen, der HERR käme zu Lebzeiten des Stammapostels Johann Gottfried Bischoff. (Gemeint ist die unselige und biblischer Aussage nicht entsprechende <<Botschaft>> dieses vermessenen Mannes!)



Man bereitete sich im neuapostolischen System also auf die baldige Entrückung aus der irdischen Trübsal vor. Die <<Botschaft>> wurde aber auch zur Zuchtrute für alle jene, die Johann Gottfried Bischoff und seinem Sohn gefährlich werden konnten durch Hinterfragen von deren Stellung zum Hitler-Staat, deren Hausmacht gefährdeten, etwa durch peinliche Fragen nach dem Erwerb von Privatvermögen, oder bei diesen in Ungnade fielen. Es kam als Folge zu Ausschlüssen mit Verfahrensweisen, die jeder zivilen Rechtsprechung spotteten. Aber die Geschichte ging weiter im neuapostolischen System: Die <<Botschaft>> platzte 1960 wie eine schillernde Seifenblase und war vermutlich entweder ein unbiblisches Lügenmärchen oder das Gespinnst eines altersstarrten Hirns. Der Schock sass tief in den Mitgliedern. Erstaunlicherweise erkannten aber nur wenige, dass sie im Glauben verführt wurden. Sie blieben weg. Die meisten Mitglieder zottelten aber erstaunlicherweise weiter auf dem Glaubensweg des neuapostolischen Systems; denn dessen <<Gottesmänner>> erfanden rasch eine Erklärung. So schreibt M. K., das entsetzliche Drama und die daraus resultierenden seelischen Schäden verharmlosend: <<Doch so schlecht fand der liebe Gott die neue Zeit wohl gar nicht und überlegte es sich noch einmal anders. Trotz des tragischen Ausbleibens der Parusie bis zum Tod des Stammapostels Bischoff 1960 wurde 40 Jahre lang weiter daran festgehalten: Wir leben in der Zeit Laodizea>>. Es drängt sich bei diesen Worten ganz stark der Eindruck auf, dass das neuapostolische System nicht nur 40 Jahre lang weiterhin wegen dem für das System entlarvenden Ende der falschen <<Botschaft>> mit dem Glaubenden, mit den vertrauenden Seelen in der Kirchenbank, weiterhin spielte aus Gründen des Eigennutzes des Internationalen Apostelbundes. Die das entsetzliche Leid verharmlosende Darstellung von M.K. klingt fast wie zynischer Spott; er gibt außerdem die Schuld an diesem Elend Gott, das ist doch wohl eine Form der Gotteslästerung.

Die Kritik an der infamen <<Botschaft>> verstummte nie; sie wurde wieder lauter, seitdem in den 1990er Jahren die Aussteiger mit ihrer gut belegten Kritik mehr und mehr in die Öffentlichkeit traten und für das neuapostolische System belastendes Archivmaterial in zunehmender Menge veröffentlichten. Als Folge berief Stammapostel Fehr unter anderem auch eine Projektgruppe zur Frage der biblischen Offenbarung. Anlässlich der internationalen Apostelversammlung in Toronto/Kanada am 21. Mai 1999 erläuterte Drave seine Ergebnisse: Die übliche Praxis, die Sendschreiben der Offenbarung mit bestimmten irdischen Zeiträumen zu verknüpfen, diese Praxis beurteilte Drave vernichtend. <<Diese seit dem Mittelalter oft angewendete Vorgehensweise wurde auch in der Neuapostolischen Kirche übernommen. Sie ist aus wichtigen Gründen ungeeignet, die OFFENBARUNG zutreffend zu deuten>>. Drave weiter: <<Um den Herrn täglich zu erwarten, bedürfen wir keiner Spekulationen, sondern der lebendigen Hoffnung>>. Hier drängt sich der Gedanke auf: Rückt in verklausulierter Form das neuapostolische System von der falschen <<Bischoff-Botschaft>> von seiner menschlichen Unsterblichkeit ab? Denn Bischoffs Tod beweist ja: Seine <<Botschaft>> war Irrlehre, er war ein falscher Prophet, Gott bekannte sich nicht zu ihm. Wie glaubwürdig sind die derzeitigen neuapostolischen Lehren?

Nach Draves Vortrag in Toronto vergingen wiederum fast drei Jahre. Erst dann war das neuapostolische System bereit, offen gegenüber den glaubenden Mitgliedern einzuräumen, dass das neuapostolische System die bis dato übliche Auslegung fallen gelassen hat. In UNSERE FAMILIE vom 5. April 2002 heißt es: <<Weil die Periodisierung ein ungeeigneter Versuch ist, die Offenbarung Johannes zutreffend zu deuten, halten wir nicht mehr daran fest. Die Zuordnung der Bedeutung der Namen der asiatischen Gemeinden des Zeitabschnitts (ist) problematisch. Vorstellungen der Periodisierung fließen bisweilen in unsere Predigten ein. Ein markantes Beispiel dafür ist die Aussage: Wir leben in der Zeit Laodizea>>.

Weiter wird dann ausgeführt, dass ein Sendschreiben <<mit einem bestimmten Sinn betrachtet>> worden sei, <<der nicht aus dem Text hervorgeht>>. Es sei <<nicht mehr die im Text angeprangerte Lauheit oder Gleichgültigkeit Gegenstand der Betrachtung>> gewesen; vielmehr <<der Sinn einer Übersetzungsmöglichkeit des Namens (Laodizea): ‚des Volkes Wille‘>>; zumal könne <<Laodizea>> auch mit <<Gerechtigkeit>> übersetzt werden.

Das neuapostolische System wandelt sich also wieder einmal aufgrund von Kritik von außen und wendet sich von einer gepflegten Praxis ab. Ob sich das neuapostolische System von der falschen <<Botschaft>> Bischoffs unter dem derzeitigen Stammapostel Leber, einem Verwandten der Bischoff-Familie und Mitglieder dieser <<Segenslinie>>, eindeutig abwenden wird, das dürfte fraglich sein. Ob das neuapostolische System unter Stammapostel Leber sich dazu durchringt, die kritische Distanz zur Demokratie aufzugeben, also auch die innere Struktur der Legitimation von Ämtern ändert, um die Bedingungen einer Körperschaft des öffentlichen Rechts echt zu erfüllen, das dürfte recht fraglich bleiben; denn das neuapostolische System muss diese an der vorteilhaften Stellung des Internationalen Apostelbundes rüttelnde Änderung nicht vornehmen. Die neuapostolischen Verwaltungsstrukturen und Organisation erscheinen unseriös, doch die aktuelle Rechtsprechung soll dieses decken. Am 19. Dezember 2000 urteilte das Bundesverfassungsgericht im Urteil zur Verfassungsbeschwerde der Zeugen Jehovas wegen der Versagung der Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Das Bundesverfassungsgericht hat den besonderen Status von Religionsgemeinschaften heraus: Diese <<stehen dem Staat als Teile der Gesellschaft gegenüber. Dass sie ihre Tätigkeit frei von staatlicher Bevormundung und Einflussnahme entfalten können, schafft die Voraussetzung und den Rahmen, in dem die Religionsgemeinschaften das Ihre zu den Grundlagen von Staat und Gesellschaft beitragen können. Damit unterscheiden sich die korporierten Religionsgemeinschaften im religiös-weltanschaulich neutralen Staat des Grundgesetzes, der keine Staatskirche oder Staatsreligion kennt, grundsätzlich von den Körperschaften des öffentlichen Rechts im verwaltungs- und staatsorganisations-rechtlichen Verständnis. Sie nehmen keine Staatsaufgaben wahr, sind nicht in die Staatsorganisation eingebunden und unterliegen keiner staatlichen Aufsicht>>. Die Grundlage für diese juristische Auffassung ist ein Relikt aus der einstens von Kirchenseite bekämpften Weimarer Republik. Das Bundesverfassungsgericht betont ausdrücklich, dass es nach Artikel 140 des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 137 der Weimarer Verfassung dem <<gewährleisteten Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften>> widersprechen würde, <<etwa eine demokratische Binnenstruktur zu verlangen oder ihre Äußerungen über andere Religionen und Religionsgemeinschaften dem Gebot der Neutralität zu unterstellen>>. Das ist Stärkung für den autoritären und untereinander vernetzten internationalen Apostelkreis. Er kann also anderen Religionsgemeinschaften das Heil absprechen, Exklusivität sich und der Lehre anmaßen und sich gegenüber den Mitgliedern abgrenzend verschanzen und Geld, Anlagefinanzen und Liegenschaften in der Hand halten, während die Mitglieder ausgegrenzt sind, keine Rechte daran haben, nämlich an dem Vermögen, was sie über ihr Opfergeld zusammengebracht haben.

Es dürfte sich im neuapostolischen System also nur dann etwas ändern, wenn harte und mit Fakten unterlegte Kritik von außen weiterhin kommt.

In den letzten Jahren veranlasste die NAK-International, die oberste Instanz des neuapostolischen Systems, ganz vorsichtig eine neue Werteorientierung ein (War das ein Testlauf?) Es wurde ausprobiert, Mitglieder (Amtsträger) bei Entscheidungen in Projektgruppen mitwirken zu lassen. Ebenfalls öffnete

sich das neuapostolische System vorsichtig gegenüber anderen Religionsgemeinschaften mit der Einführung des apostolischen Konzils und der Projektgruppe Ökumene, Das war wirklich neu im System. Das trug ein wenig zur Verbesserung des Öffentlichkeitsbildes bei. Die Gebietskirchen, besser: die Bezirksapostel, folgten nur äußerst zögerlich diesem neuen Trend. Nur in Norddeutschland trat **Bezirksapostel Leber** entschieden für diese von oben angestoßene Öffnung ein, besonders auch für die ökumenische Öffnung. Andere Bezirksapostel jedoch zwangen die NAK International, ökumenische Gottesdienste auszuschließen. Befürchteten diese Konservativen den Schwund von Mitgliedern, welche die christliche Freiheit und den Gehalt der Predigten in anderen Kirchen kennenlernen könnten? Befürchteten sie gar den eigenen Machtzerfall durch die Ökumene? – Aber höchst Bemerkenswert ist, dass unter dem **Stammapostel Leber** diese Öffnung Ende 2007 wieder deutlich zurückgeschraubt wurde. Das löste heftigen öffentlichen Unmut aus, etwa in Internetforen, von Mitgliedern der Basis, von Amtsträgern, von dem ehemaligen Apostel Gerrit Sepers/Holland. – Musste Stammapostel Leber zurückrudern unter dem Druck der Bezirksapostel?

Das vorstehend Ausgeführte bedingt, dass eine Demokratisierung im neuapostolischen System kaum eintreten wird. Das nützt den das System leitenden Aposteln ja nicht. Es wird zwar neuerdings mit dem tönenden Schlagwort <<Transparenz>> operiert, aber was bedeutet denn dieses Schlagwort, diese Worthülse? Zwar veröffentlicht neuerdings UNSERE FAMILIE irgendwelche und irgendwie zusammengestellte Zahlen, die kaum überprüft werden können, und solches soll Transparenz sein? Es könnte eher wie verschleiende Desinformation aussehen, denn wenn erklärende Einzelheiten nachgefragt werden, dann wird hart abgeblockt. Man mag wohl doch nicht so sehr transparent sein, denn es heißt: <<Wir sehen zurzeit keinen Grund, eine konkrete Zahl zu veröffentlichen>>. Also wird wohl mit den veröffentlichten, also nicht konkreten Zahlen, verschleiert? Das ist die Antwort des Pressesprechers. Also: Der am neuapostolischen System partizipierende Apostelkreis kapselt sich weiterhin gegen die Opfergeld zahlende Basis ab. War anderes zu erwarten? Könnte man dieses vielleicht als <<ausaugen>> oder <<absahnen>> bezeichnen? Nach dem Wirken des Heiligen Geistes klingt das Abblocken jedenfalls nicht. Der Gipfel der neuapostolischen Arroganz dieses vernetzten Führergremiums ist aber: <<Grundsätzlich wollen wir eine vernünftige Transparenz erreichen. Es wäre aber nicht zu verantworten, dafür einen großen zusätzlichen administrativen Aufwand aufzuwenden>>. Im Internet wird das so ausgedrückt: <<Mit anderen Worten: „Informationen können wir nur preisgeben, wenn wir sie vorher mit erheblichem Aufwand zu einem nichtssagenden Brei zusammengestampft und vermantscht haben. Aber das kann man doch nicht immer von uns verlangen“>>

Ja, man fragt sich wirklich: Wie lange lassen sich die neuapostolischen Opfergeld zahlenden Mitglieder von solcherart Aposteln noch an der Nase herumführen bzw. verführen und stimmen nicht einfach mit den Beinen ab, gehen fort und schließen sich einer echten christlichen Gemeinschaft an? Eines ist aber sicher: Mehr und mehr Ohren gehen auf durch die Apostel-Herrscher-Arroganz und es wächst das Misstrauen gegenüber diesen selbstherrlichen Männern.

Es ist dringend notwendig im neuapostolischen System, dass die das Opfergeld zahlende Basis ihr elementares Recht nach sauberen Informationen und Einblicknahme gegenüber der Verwaltungsspitze einfordert und diese Forderung öffentlich stellt via Medien. Nur das wird an der Spitze verstanden und bewirkt eine Änderung. Die Aussteiger seien hier ein mutiges Beispiel.

Einfordern muss auch die Basis den ungehinderten Zutritt durch von der Basis gewählte Vertrauensleute zum Landesverwaltungsrat und zur Landesversammlung des neuapostolischen Systems, die Veröffentlichung eines den Tatsachen entsprechenden Geschäftsberichtes und der ungeschönten Bilanz. Eingefordert werden muss auch von der Basis ein das Vertrauen der Basis genießender Ansprechpartner bei den einzelnen Gebietskirchen. Einen vorbildlichen Schritt im Sinne der Demokratisierung und Transparenz macht die NAK-Schweiz. Laut deren Statuten vom 8. November 1997 dürfen Mitglieder von der Basis (Frage: Ausgesuchte Amtsträger oder ein X-beliebiges Glied aus der Kirchenbank??) die Jahresberichte des Kirchenpräsidenten (Frage: Mit echten Zahlen oder <<zusammengestampftem>> Zahlenmaterial?? Die Spendenaffäre, von Dr. Erwin Meier-Wittmer/Schaffhausen aufgedeckt, macht vorsichtig!) von ihrem Delegierten verlangen. Doch einen Pferdefuß könnte dieses haben: Wenn ein Mitglied Beanstandungen anmelden sollte, würde es nicht sofort in der sektenhaften Art ausgegrenzt, so wie es die Aussteiger erleben müssen, welche viele Punkte nachdrücklich kritisieren und darum in vielfältiger Weise negativ abgetan werden, so wie auch einstens die Warner vor der falschen <<Botschaft>> des Stammapostels Bischoff verleumdet, abgetan und exkommuniziert wurden?